

Stand: 20.04.2026 03:17:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25228

"Junge Menschen dürfen nicht wieder das Nachsehen haben - Verstetigung des Modellprojekts
"Digitale Streetworker""

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25228 vom 23.11.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/26893 des SO vom 08.12.2022
3. Beschluss des Plenums 18/26983 vom 15.02.2023
4. Plenarprotokoll Nr. 136 vom 15.02.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Junge Menschen dürfen nicht wieder das Nachsehen haben – Verstetigung des Modellprojekts „Digitale Streetworker“

Der Landtag wolle beschließen:

Mit dem Modellprojekt „Digitale Streetworker“ des Bayerischen Aktionsplans Jugend werden (digitale) Lebenswelten junger Menschen abgebildet und aufgegriffen. Ziele der analogen Streetwork werden so in die digitale Welt übersetzt. Das Projekt startete als ein Baustein der außerschulischen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in der Coronapandemie und wird als Bestandteil des Bayerischen Aktionsplans Jugend durch das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales für die Projektlaufzeit bis Ende 2022 gefördert.

Mit Blick auf das bevorstehende Ende der Projektlaufzeit wird die Staatsregierung aufgefordert, das Modellprojekt „Digitale Streetworker“ über den 31.12.2022 hinaus zu verstetigen und hierfür im Haushaltsplan 2023 entsprechende Mittel einzuplanen.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich und schriftlich über das Projekt zu berichten. In dem Bericht zu berücksichtigen sind neben der Evaluation seitens des Staatsministeriums vor allem auch Ausbau- und Verbesserungspotenziale.

Begründung:

Das Modellprojekt „Digitale Streetworker“ bringt Jugendarbeit in den digitalen Raum – so können Jugendliche nicht nur in der analogen Wirklichkeit, sondern auch in ihren digitalen Lebensräumen niedrigschwellig erreicht werden. Tätig werden die „Digitalen Streetworker“ speziell auf digitalen Plattformen und in Social-Media-Anwendungen. Sie sollen jungen Menschen im Netz begegnen, sie begleiten, unterstützen und beraten. Darüber hinaus können junge Menschen bei Bedarf auch auf analoge Angebote der Jugendarbeit/Streetwork aufmerksam gemacht und informiert werden. Die Umsetzung des Projekts erfolgt – im Auftrag und in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales – durch den Bayerischen Jugendring (BJR). Fachlich begleitet wird der BJR dabei vom Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis.

Das Projekt startete während der Pandemie-Kontaktbeschränkungen im September 2021: Als sich öffentliche Orte und Straßen wieder leerten, verlagerte sich der Treffpunkt vieler Jugendlicher noch stärker als bisher ins Netz. Heute sind 14 Streetworkerinnen und Streetworker (pro Regierungsbezirk zwei) auf Gaming- und Social-Media-Plattformen erreichbar, u. a. auf Discord, Instagram, Twitch, WhatsApp, TikTok und Reddit. Da jeder persönliche Account ein Profilbild zeigt, ist sofort erkennbar, dass keine Behörde, sondern ein Mensch hinter dem Account steckt. Zugleich haben Beratungssuchende die Möglichkeit, sich in Chats anonym und kostenlos auszutauschen. Ziel ist,

eine vertrauliche Basis zur Kommunikation und Information zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört, dass die Streetworkerinnen und Streetworker der Schweigepflicht unterliegen.

Die digitale Kommunikation funktioniert unkompliziert und ohne Termine. Ein Angebot, das von Beginn an stark nachgefragt wurde. In den ersten drei Monaten des Jahres 2022 kamen nach Angaben des BJR rund 2 500 Erstkontakte zustande, von denen rund 1 000 Personen intensiver unterstützt und 250 in Einzelfallhilfe betreut wurden. Zudem konnten in 27 Kontakten Beratungssuchende schneller und effizienter als bisher zu Hilfseinrichtungen und jugendrelevanten Organisationen weitervermittelt werden.

Diese Zahlen zeigen: Der Bedarf an digitalen Unterstützungsangeboten ist groß und wird mit dem Auslaufen des Projekts zum Dezember dieses Jahres nicht enden. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, das Projekt über das Jahr 2022 zu verstetigen. Junge Menschen müssen verstärkt in ihrer Lebenswelt abgeholt werden – und die in dem Projekt tätigen Fachkräfte brauchen dringend ein Bekenntnis zur Fortführung des Projekts. Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich und schriftlich über das Projekt zu berichten, um so gezielt auch Ausbau- und Verbesserungspotenziale diskutieren zu können.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher,
Arif Tasdelen u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 18/25228

**Junge Menschen dürfen nicht wieder das Nachsehen haben – Verstetigung des
Modellprojekts „Digitale Streetworker“**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in Absatz 3 die Wörter „und schriftlich“ gestrichen werden.

Berichterstatlerin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatlerin: **Petra Högl**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 75. Sitzung am 8. Dezember 2022 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/25228, 18/26893

Junge Menschen dürfen nicht wieder das Nachsehen haben – Verstetigung des Modellprojekts „Digitale Streetworker“

Mit dem Modellprojekt „Digitale Streetworker“ des Bayerischen Aktionsplans Jugend werden (digitale) Lebenswelten junger Menschen abgebildet und aufgegriffen. Ziele der analogen Streetwork werden so in die digitale Welt übersetzt. Das Projekt startete als ein Baustein der außerschulischen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in der Coronapandemie und wird als Bestandteil des Bayerischen Aktionsplans Jugend durch das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales für die Projektlaufzeit bis Ende 2022 gefördert.

Mit Blick auf das bevorstehende Ende der Projektlaufzeit wird die Staatsregierung aufgefordert, das Modellprojekt „Digitale Streetworker“ über den 31.12.2022 hinaus zu verstetigen und hierfür im Haushaltsplan 2023 entsprechende Mittel einzuplanen.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich über das Projekt zu berichten. In dem Bericht zu berücksichtigen sind neben der Evaluation seitens des Staatsministeriums vor allem auch Ausbau- und Verbesserungspotenziale.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD. Ich bitte um das Votum der fraktionslosen Abgeordneten. Es enthalten sich die fraktionslosen Abgeordneten Herr Bayerbach, Herr Plenk, Herr Swoboda und auch Herr Busch. – Entschuldigung, Herr Busch, da schaue ich immer nicht rüber. – Haben wir noch jemanden übersehen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das hiermit so beschlossen bzw. übernimmt der Landtag diese Voten.

3. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Gewaltbetroffene Frauen mit sicheren Wohnangeboten schützen und Second-Stage-Angebote ausbauen
Drs. 18/25282, 18/26895 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerischen Urlaub für arbeitstätige Familien
Drs. 18/25319, 18/26896 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Masterplan Geothermie unverzüglich ausgestalten und umsetzen!
Drs. 18/25404, 18/26899 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Kein Steuergeld für chinesische Staatspropaganda!
Drs. 18/25672, 18/26898 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.